



Nr. 13

2. April 2026

Inhalt

Reform der gesetzlichen Krankenversicherung

[Geyer: „Streichungen beim Krankengeld mit uns nicht zu machen“](#)

Reform der gesetzlichen Krankenversicherung

[Hemsing: „Pflege braucht Qualität und Qualität braucht Fachkräfte!“](#)

Reform der gesetzlichen Krankenkasse

[Fandrejewski: „Nicht die Jugend die Zeche zahlen lassen“](#)

Gespräch mit Denise Loop (Grüne)

[Fandrejewski: Weniger Hierarchien, mehr Gestaltungsmöglichkeiten](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DPoIG Deutsche Polizeigewerkschaft

[Urteil im Fall des getöteten Polizisten Simon Bohr aus Völklingen](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Reform der gesetzlichen Krankenversicherung

Geyer: „Streichungen beim Krankengeld mit uns nicht zu machen“

Eine Expertenkommission hat 66 Vorschläge zur Reform der gesetzlichen Krankversicherung vorgelegt. Der dbb sieht positive Ansätze, übt aber auch Kritik.

„Der Bund muss dafür sorgen, dass die Krankenkassen für Bürgergeldbeziehende ausreichend Beiträge erhalten“, sagte Volker Geyer, Bundesvorsitzender des dbb, am 31. März 2026 in Berlin. „Positiv ist, dass die Expertenkommission das genauso sieht, offenbar hat eine langjährige Forderung des dbb Gehör gefunden.“

Negativ ist hingegen, dass die Kommission vorschlägt, den Krankengeldzahlbetrag abzusenkten. Geyer: „Das ist ein No-Go. Kaum geht es ums Sparen, sucht man reflexartig Möglichkeiten bei den Versicherten, während sich andere eine goldene Nase verdienen. Spielt es denn gar keine Rolle, dass sich alle, die Krankengeld beziehen, bereits in einer äußerst vulnerablen Situation befinden? Das sollte es! An dieser Stelle den Rotstift anzusetzen, ist zutiefst unsolidarisch. Streichungen beim Krankengeld sind mit uns nicht zu machen.“

Weiterhin kritisierte der dbb-Chef den Vorschlag, die Zuzahlung für Arzneimittel um 50 Prozent zu erhöhen. „Preisanstiege kämen ebenfalls einer zusätzlichen Belastung von Versicherten gleich. Es versteht doch kein Mensch, dass Medikamente bei uns mehr kosten als im Ausland. Hier muss die Politik die Pharmaindustrie in die Pflicht nehmen.“

Viel diskutiert und nicht unumstritten ist der Vorstoß, Ehegatten mit geringem Einkommen aus der beitragsfreien Familienversicherung der GKV zu nehmen. „Wichtig ist vor allem, dass wir erst die erforderlichen Bedingungen

schaffen, bevor Betroffene aus der beitragsfreien Familienversicherung genommen werden“, sagte Milanie Kreutz, stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. „Heißt: Wir müssen zunächst flächendeckend die Voraussetzungen für mehr Erwerbstätigkeit von Frauen schaffen, im Sinne der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.“ Kreutz unterstrich, dass es nicht nur darum gehe, jährlich rund 3,5 Milliarden Euro einzusparen, sondern auch darum, mehr Frauen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen. „Das ist aus unserer Sicht ein wichtiges Ziel hin zu einer wirklichen Gleichstellung. Genau wie das Ehegattensplitting und die Steuerklassenkombination III und V ist die beitragsfreie Mitversicherung für Frauen ein Hemmnis, sich im Arbeitsmarkt einzubringen“ – darauf habe im Übrigen auch schon der Sachverständigenrat Wirtschaft hingewiesen, so Kreutz.

Hintergrund: Bundesgesundheitsministerin Nina Warken hat das aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bestehende Gremium im vergangenen Jahr eingesetzt, um die Kostensteigerungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung einzugrenzen und Beitragssatzerhöhungen zu verhindern. Die Prognose der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung bis 2030 zeigt, dass die Ausgaben fast doppelt so schnell steigen wie die Einnahmen. Um eine Beitragssatzstabilität im Jahr 2027 zu erreichen, gilt es, eine Lücke von gut 15 Milliarden Euro zu schließen. Diese steigt im Jahr 2030 auf voraussichtlich 40 Milliarden Euro an.

Reform der gesetzlichen Krankenversicherung

Hemsing: „Pflege braucht Qualität und Qualität braucht Fachkräfte!“

Das Personal ist der Schlüssel für ein zukunftsfestes Gesundheitssystem und nicht bloß Kostenfaktor, unterstreicht der dbb-Vize.

„Wenn Einigkeit darüber besteht, dass unser Sozialstaat bei der Qualität der Pflege nicht schlechter und unsolidarischer werden will, dann muss klar sein: Am Fachpersonal lässt sich nicht sparen!“, sagte Andreas Hemsing, dbb-Vize und Fachvorstand Tarifpolitik, am 2. April 2026 in Berlin mit Blick auf die aktuellen

Vorschläge zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung. „Pflege braucht Qualität und Qualität braucht Fachkräfte. Und da schon heute Fachpersonal fehlt, sind alle Maßnahmen zu vermeiden, die diese Unterausstattung auch noch großräumig forcieren.“

Sollte es dazu kommen, dass die Krankenkassen zukünftige Tarifsteigerungen für die Fachkräfte in den Krankenhäusern nicht mehr vollständig übernehmen, würden sich entweder die Leistungen für die Patientinnen und Patienten oder die Arbeitsbedingungen in der Pflege deutlich verschlechtern, mahnte Hemsing. „Die

dadurch weiter schwindende Attraktivität der Pflegeberufe führt zu Abwanderungen der Beschäftigten in besser bezahlte und weniger fordernde Berufsbilder. Das kann niemand wollen.“

Reform der gesetzlichen Krankenkasse Fandrejewski: „Nicht die Jugend die Zeche zahlen lassen“

Der Chef der dbb jugend unterstreicht, dass Reformen notwendig sind. Aber nicht alle Vorschläge der Experten hält er für richtig.

„Es steht vollkommen außer Frage, dass es mit der gesetzlichen Krankenkasse so nicht weitergeht“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 31. März 2026 in Berlin mit Blick auf die Vorschläge, die eine Expertenkommission zur Reform der gesetzlichen Krankenkasse vorgelegt hat. Mehr staatliche Beiträge für Bürgergeldbeziehende und obligatorische Zweitmeinungsverfahren bei teuren medizinischen Eingriffen – diese Vorschläge sind sinnvoll, so Fandrejewski.

Deutliche Kritik übt er hingegen an dem Vorschlag, beim Krankengeld zu sparen. Dieses erhalten gesetzlich Versicherte, wenn sie im Job länger als sechs Wochen ausfallen. Der Vorsitzende der dbb jugend verweist auf ein Ergebnis der aktuellen Trendstudie Jugend in Deutschland: „29 Prozent der jungen Men-

schen unter 30 geben an, psychologische Unterstützung zu benötigen. Und jetzt schlägt die Expertenkommission vor, ausgerechnet beim Krankengeld zu sparen. Menschen, die Krankengeld beziehen, leiden in vielen Fällen unter psychischen Erkrankungen und befinden sich in einer Ausnahmesituation. Es wäre fatal, ihnen auch noch das Krankengeld zu kürzen!“

Grundsätzlich fordert Fandrejewski die Politik auf, die Gesundheitsförderung junger Menschen stärker in den Fokus zu rücken: „Stressmanagement ist für viele ein Thema. Wir brauchen Gesundheitsförderung im öffentlichen Dienst, die sich an den Bedürfnissen der jungen Menschen orientiert. Es kann nicht sein, dass die Jugend in einer alternden Gesellschaft immer nur die Zeche zahlt.“

Gespräch mit Denise Loop (Grüne) Fandrejewski: Weniger Hierarchien, mehr Gestaltungsmöglichkeiten

Der öffentliche Dienst braucht eine modernere Kultur, forderte der Chef der dbb jugend im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Denise Loop.

„Frischer Wind kann nur im öffentlichen Dienst einziehen, wenn Hierarchien und starre Strukturen ihn nicht gleich wieder aus den Segeln nehmen“, sagte Matthäus Fandrejewski am 1. April 2026 in Berlin. Es gehe darum, eine Kultur zu fördern, die Kreativität ermöglicht, Wissenstransfer stärkt und Digitalisierung nachhaltig voranbringt. Das verdeutlichte der Vorsitzende der dbb jugend im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Denise Loop (Grüne). „Es muss Raum dafür sein, um auch einmal um die Ecke zu denken und neue Wege auszuprobieren. Maßgeblich muss am Ende sein, ob die Dinge funktionieren. Daran

messen die Bürgerinnen und Bürger den öffentlichen Dienst.“

Fandrejewski verspricht sich davon nicht nur, den Service für die Menschen zu verbessern. „Wir schlagen gleich zwei Fliegen mit einer Klappe, wenn wir den Kulturwandel schaffen. Denn er würde auch alles mit sich bringen, was sich die Fachkräfte der Zukunft wünschen, die wir so dringend brauchen. Klare Entwicklungsmöglichkeiten, eigenen Gestaltungsspielraum und flexible Arbeitsbedingungen“ – zu letzterem gehöre, mehr Teilzeioptionen zu schaffen, insbesondere für Führungskräfte (Top-Sharing). Denn gerade für junge Familien

sei es oft schwierig, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen.

Nicht zuletzt verwies Fandrejewski darauf, dass die Debatte über mehr Effizienz im öffentlichen Dienst wichtig sei. „Wir müssen Aufgabenkritik üben“, sagte er. „Aber dabei dürfen die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger nicht aus dem Blick geraten. Es muss bei der

Aufgabenkritik vor allem um interne, bürokratische und nicht mehr zeitgemäße Prozesse gehen. Insbesondere auf kommunaler Ebene können uns einheitliche Lösungen voranbringen, es muss nicht jede Gemeinde das Rad neu erfinden.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DPOlG Deutsche Polizeigewerkschaft

Urteil im Fall des getöteten Polizisten Simon Bohr aus Völklingen

„Ein Schlag ins Gesicht für alle Kolleginnen und Kollegen“

Am 1. April 2026 hat das Landgericht Saarbrücken das Urteil im Fall des getöteten Polizisten Simon Bohr aus Völklingen gesprochen. Der 19-jährige Täter wurde wegen Schuldunfähigkeit freigesprochen und lediglich wegen besonders schweren Raubes nach Jugendstrafrecht verurteilt. Es wurde die unbegrenzte Unterbringung in der geschlossenen Psychiatrie angeordnet.

„Der heutige Prozesstag ist ein Schlag ins Gesicht für alle Kolleginnen und Kollegen. Wir sind fassungslos. Das Urteil bringt keine Gerechtigkeit für Simon. Ein kleiner Lichtblick ist, dass der Täter lange Zeit nicht mehr frei in unserer Gesellschaft leben darf“, erklärt Markus Sehn, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOlG) Saarland.

Bundesweit hatte der Fall für Entsetzen und große Anteilnahme – auch in Form einer Spendenaktion für die hinterbliebene Familie – gesorgt. Der Polizeioberkommissar Simon Bohr wurde am 21. August 2025 von dem damals 18-jährigen Täter beim Versuch einer Festnahme erschossen. Zuvor hatte dieser eine Tankstelle in Völklingen ausgeraubt. Als Simon Bohr und sein Streifenpartner ihn kurz darauf in der Innenstadt festnehmen wollten, eskalierte die Situation und es kam zu einem Geringel. Bei diesem gelang es dem Täter, an die Waffe eines Polizeikommissaranwärters zu gelangen und schoss sodann mehrmals auf die Beamten. Der Anwärter wurde am Rücken getroffen, seine Schutzweste hielt den Treffer jedoch ab.

Simon Bohr wurde von drei Schüssen getroffen. Der Täter ging dann auf den wehrlos am Boden liegenden Polizisten zu und schoss weitere drei Mal auf Bereiche außerhalb der Schutzweste, so auch ins Gesicht. Danach flüchtete der Täter und eröffnete das Feuer auf weitere Einsatzkräfte. Letztlich gelang es einem anderen Polizeikommissaranwärter, ihn mit seiner Dienstwaffe außer Gefecht zu setzen. Simon Bohr erlag kurz nach der Tat seinen Verletzungen. Er hinterlässt eine Frau und zwei Töchter.

Zeugen verglichen die Tat mit einem Mafiafilm. Im Laufe des Prozesses wurde bei dem Täter eine paranoide Schizophrenie festgestellt, die ihn aber – so die Staatsanwaltschaft – gerade zum gefühllosen Mörder mache. Die Staatsanwaltschaft sprach von einer „Gewaltexplosion“.

„Nach meinem Empfinden ist der Fall mehr als besonders schwerer Raub. Ich gehe davon aus, dass die zuständige Staatsanwaltschaft Rechtsmittel einlegen wird, damit wir noch Hoffnung auf ein gerechteres Urteil haben dürfen“, sagt Heiko Teggatz, dbb-Vize und stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. „Niemals werden wir Gewalt gegen Einsatzkräfte einfach so hinnehmen. Der Tod von Simon hat in der gesamten Polizeifamilie großen Schmerz verursacht. Unsere Gedanken sind heute vor allem bei seiner Familie, seinen Angehörigen und Kollegen im Saarland.“